

Georg Geismann

Auswirkungen der Idee eines jüdischen Staates in der Innen- und Außenpolitik Israels

Habilitationsvortrag, Mannheim 1971

Immer wieder begegnet man in der israelischen Politik einem Problem, das seinerseits durch ein Dilemma im jüdischen Selbst- und Staatsverständnis, wenn nicht ausschließlich, so doch in signifikantem Maß bedingt ist. Das möchte ich paradigmatisch an drei Bereichen zeigen, in denen mir seit der Staatsgründung Israels Hauptprobleme zu liegen scheinen, nämlich:

- 1) hinsichtlich der Auseinandersetzung zwischen religiösen und nicht-religiösen Gruppen um die Gestaltung bestimmter ziviler und öffentlicher Lebensbereiche;
- 2) hinsichtlich der nationalen Integration der Einwanderungswellen nach 1948;
- 3) hinsichtlich des jüdisch-arabischen Konflikts.

Um das praktisch-politische Problem in diesen drei Bereichen aus seiner Bedingtheit durch ein Dilemma des jüdischen Selbst- und Staatsverständnisses zu erklären, bedarf es zuvor einer groben Skizze der Entstehungsgründe und wesentlichen Inhalte dieses Dilemmas.

Seit der Zerstörung des 2. Tempels im Jahre 70 n. Chr. bis ins 19. Jahrhundert gab es die Idee eines jüdischen Staates nur als Erinnerung an die Zeiten des 1. und 2. Königreiches und als messianische Erwartung der Rückführung des jüdischen Volkes aus der gottgewollten Verbannung nach Zion. Einen aktuellen Bezug hatte diese Idee nicht. Im eigenen wie im Fremdverständnis galt das jüdische Volk als staatlos, und es gewann seine Identität als Volk nur aus seiner (exklusiven) Verbindung mit dem mosaischen Glauben; d.h. wer sich zu diesem Glauben bekehrte, wurde damit immer zugleich Glied des jüdischen Volkes, und wer auf Grund seiner Geburt zum jüdischen Volk gehörte, galt damit zugleich immer als dem Anspruch der - alle Lebensbereiche sehr stark reglementierenden - jüdischen Religionsgesetze, der sog. Halacha, unterworfen.

Mit der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach und nach einsetzenden Aufklärungs-, Emanzipations- und Assimilationsbewegung wurden nicht allein jene Einheit von Volk und Glauben, sondern auch ihre einzelnen Momente, d.h. die Ju-

denheit als Volk und das Judentum als religionsgeschichtliches Phänomen bedroht. Je nachdem, wie die Juden Art und Schwere der Bedrohung perzipierten, entwickelten sie unterschiedliche Strategien, sich dieser Bedrohung zu entziehen. Ein Teil dieser Strategien bildet heute das Dilemma im jüdischen Selbst- und Staatsverständnis; deswegen ist auf die Entstehungsgründe dieser Strategien einzugehen.

Die Mehrheit der westeuropäischen Juden versuchte mit dieser Bedrohung dadurch fertig zu werden, daß sie sie gleichsam gegenstandslos machten: sie verzichteten durch Emanzipation und Assimilation auf den Anspruch, ein eigenes Volk zu sein, und gaben im allgemeinen außerdem das jüdisch-religiöse Moment durch Übertritt zum Christentum auf, oder sie unternahmen es, durch Reformjudaismus bzw. die Wissenschaft vom Judentum dieses als religions- bzw. kulturgeschichtliche Erscheinung zu retten. Ähnlich reagierte jener Teil der osteuropäischen Judenheit, der sich in einer ungeheueren Fluchtbewegung nach Amerika zu Ende des 19. Jahrhunderts der unmittelbaren physischen Bedrohung einfach entzog und dort den Weg des westeuropäischen Juden in die Emanzipation und Assimilation ging. Die Idee eines spezifisch jüdischen Staates konnte dabei natürlich gar nicht erst in den Blick kommen. Aber bezeichnenderweise kam das Fanal zur Gründung der zionistischen Bewegung aus der west- europäischen Judenheit, und zwar zu dem Zeitpunkt, als deren für jüdisches Selbstverständnis schlechthin tödlicher Lösungsversuch insbesondere angesichts der Dreyfus-Affaire als gescheitert erscheinen konnte. So jedenfalls sahen es Herzl und seine Anhänger. Da diese Juden aber die substantiellen Momente des Judentums bereits aufgegeben hatten, stellte sich ihnen die neuerliche existentielle Bedrohung durch den Antisemitismus ausschließlich als Bedrohung von Juden als Individuen dar, und entsprechend ging es ihnen lediglich um eine Antwort auf die sogenannte Judenfrage, um eine Beseitigung der "Judennot".

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der in Osteuropa verbliebenen Juden harrte zunächst, schicksalsgläubig und gezwungen zugleich, in der mittelalterlichen Ghettoexistenz und im traditionellen Selbstverständnis der Einheit von Volk und Glauben. Daraus rekrutierten sich später einerseits jene radikale Orthodoxie, welche die Staatlosigkeit als wesentliches Merkmal der vormessianischen jüdischen Verbannungsexistenz deutete und konsequent bis heute einen jüdischen Staat Israel als Menschenwerk ablehnt; andererseits die streng bis gemäßigt orthodoxen Zionisten, die ein religionsgesetzlich geordnetes jüdisches Gemeinwesen anstrebten.

Ausschlaggebend für das Zustandekommen und die weitere Entwicklung der zionistischen Bewegung war aber der an westlichen Aufklärungsideen orientierte Teil der Ostjuden. Zwar schloß sich dessen Mehrheit zunächst den verschiedenen russischen revolutionären Bewegungen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts an, in der Hoffnung, über den Sieg der sozialen Revolution zugleich die Judenfrage zu erledigen. Aber als sich in den u. a. gerade von diesen Bewegungen initiierten Pogromen der 80er Jahre die sozialistische Solidarisierung von Juden und Nicht-Juden als Chimäre erwies und sogar in Mittel- und Westeuropa die Judenfrage erneut sich stellte, kam es zur Entstehung des sogenannten Kulturzionismus. Dessen

aus der jüdischen Aufklärungsbewegung, der sogenannten Haskala, hervorgegangene Führer gingen davon aus, daß einerseits das in physisches und geistiges Ghetto gebannte, traditionelle Judentum modernen Lebensbedingungen gegenüber versagen mußte und daß andererseits angesichts des Scheiterns sowohl der rechtlichen Emanzipation als auch der geistig-kulturellen Assimilation (neben der Beseitigung der Judennot) zum Zwecke der Gewinnung eines positiven Selbstverständnisses ein Rückgriff auf die kulturelle Tradition des Judentums erforderlich sei. Ihr Zionismus verband somit das Ziel der nationalen Wiedergeburt durch sogenannte Auto-Emanzipation an einem eigenen Ort (als Lösung der Judenfrage) mit dem Ziel einer kulturellen Erneuerung (als Lösung des Problems des Judentums). Daß innerhalb der zionistischen Bewegung und später im Mandatsgebiet Palästina dieser Kulturzionismus das größte Gewicht hatte, erklärt sich daraus, daß die Emigration in ein - wie man glaubte - leeres Land Zion auf diejenigen die stärkste Anziehungskraft haben mußte, der an der Schaffung einer neuen, modernen und doch zugleich spezifisch jüdischen Gemeinschaft interessiert war.

Gemeinsam war allen Zionisten die Reaktion auf die als gescheitert oder unmöglich angesehene oder erst gar nicht gewollte Emanzipation und Assimilation und ihr Wille, das jeweils gesehene Problem an einem Ort außerhalb der europäischen Gesellschaften zu lösen, wobei die reinen Paria-Zionisten - wie ich sie der Kürze halber und mangels einer angemesseneren Bezeichnung nennen möchte - lediglich an der Lösung der Judenfrage interessiert waren, die religiösen Zionisten die alte Einheit von Volk und Glauben erhalten und garantieren wollten, während sich den Kulturzionisten das Problem des Judentums in einem säkularisiert-nationalen Sinne stellte, nämlich in der Bewahrung des Judentums als Kulturnation.

Während der ersten Dezennien der Bewegung vermochten diese drei - idealtypisch zu verstehenden, in praxi sich vielfach überschneidenden und differenzierenden - Auffassungen insofern durchaus friedlich nebeneinander zu bestehen, als es zunächst nur um die Sicherstellung des gesuchten Ortes ging, der berühmten Heimstätte für Juden, und im allgemeinen noch nicht an einen eigenen souveränen Staat gedacht wurde.

In unvermeidlichen Konflikt miteinander konnten diese Auffassungen erst geraten, als unter den Erfahrungen des National-Sozialismus und in der Begegnung mit dem aufbrechenden arabischen Nationalismus der Gedanke an einen unabhängigen jüdischen Staat ins Zentrum der zionistischen Bestrebungen trat und schließlich realisiert wurde. Zu diesem Zeitpunkt aber waren längst die Weichen für die Entwicklung dieses Konfliktes gestellt.

Der reine Paria-Zionismus hatte bereits eine entscheidende Niederlage 1903 auf dem 6. Zionistenkongreß mit der Ablehnung des Herzlschen Uganda-Projektes erlitten. Auch gab es damals ein generelles Desinteresse an allem spezifisch Jüdischen im Grunde nur in der Judenheit des deutschen Kulturraums. Als diese Juden nach 1933 nach Palästina kamen, war der jüdische Bevölkerungsteil des Landes, der

sogenannte Jishuv, bereits so fest organisatorisch und institutionell strukturiert, daß sie gar keine Chance hatten, sich mit einer eigenen politischen Idee oder Staatskonzeption durchzusetzen, die sie im übrigen nicht einmal besaßen. Ein Teil von ihnen hat bis heute den alten Lebensstil und die mitgebrachte persönliche "Kultur" ganz einfach beibehalten. Der andere Teil, der bereit war, der Vergangenheit endgültig Adieu zu sagen, ergriff um so begieriger zur Erlangung einer neuen Identität die Gedanken des Kulturzionismus. Erst in den letzten Jahren tritt der Paria-Zionismus, in Bewegungen der sogenannten Kanaaniter und der Ha'olam-Hazeh, als politische Kraft in Erscheinung.

Vorerst wird weiterhin die Auseinandersetzung zwischen religiösen und Kulturzionisten geführt. Dabei hat sich seit langem ein gewisses Konfliktmanagement eingestellt: die Sorge für ein spezifisch jüdisches Selbst- und Staatsverständnis, die konkrete Bestimmung jüdischer Identität und die Gestaltung und Wahrung spezifisch jüdischer Lebensbereiche ist im allgemeinen den religiösen Zionisten überlassen, während die materielle Existenzsicherung nach innen und außen von den Kulturzionisten geleistet wird. Den Ursachen und Folgen dieser Situation ist nachzugehen, und damit komme ich zum eingangs angedeuteten ersten politischen Problemereich.

Für den großen Einfluß der religiösen Zionisten (trotz ihrer insgesamt maximal nur 15 Prozent Wählerstimmen) sind insbesondere folgende Faktoren ursächlich:

Innerhalb des Jishuv waren von der Mandatsmacht neben den religiösen Angelegenheiten auch sämtliche Ehe-, Familien- und Erbschaftsangelegenheiten der rabbinischen Gerichtsbarkeit übertragen worden, also gerade jenes Gebiet des Zivilrechts, das - aus dem national-religiösen Kerngedanken des Judentums heraus - den religiösen Zionisten am meisten am Herzen lag. Die ebenfalls bereits im Jishuv voll entwickelte Parteistruktur in Kombination mit einem reinen Verhältniswahlsystem verschaffte bis heute den religiösen Zionisten insofern eine Schlüsselstellung bei allen Koalitionsverhandlungen, als sie der bequemste und bereitwilligste Koalitionspartner der stärksten Minderheitspartei, der Mapai, sind, weil sie in deren zentralen Fragen, der Wirtschafts- und der Außenpolitik, keinerlei spezifische Interessen haben. Hinzu kommt, daß sie innerhalb des Zionismus die einzige Gruppe darstellen, die eine einigermaßen präzise Vorstellung von Judentum und jüdischem Staat hat, und die anderen um so eher geneigt sind, ihnen dieses Feld zu überlassen, als sie fast alle – auch als Agnostiker - eine starke emotionale Verbundenheit zur jüdisch-religiösen Tradition verspüren. Auf Grund dieser teils system- teils ideologisch bedingten Machtposition gelang es den religiösen Zionisten seit 1948 immer wieder, zum einen die Schaffung einer Verfassung zu verhindern, in der ein kultur-jüdisches Selbstverständnis hätte formuliert werden können, das ihren eigenen Vorstellungen nicht entsprach, und zum anderen die Beibehaltung des sogenannten Status-quo durchzusetzen, d.h. der rechtlichen Regelungen, die unter der Mandatsmacht getroffen worden waren und im Moment der Staatsgründung Geltung besaßen.

Eine zentrale Frage in der Auseinandersetzung zwischen religiösen und Kulturzionisten war die Frage: Wer ist Jude? Sie war (und ist) für die Beteiligten von einer solchen Wichtigkeit, daß sie über Jahre ein entscheidender Punkt der religiösen Parteien bei Koalitionsverhandlungen war, einmal – 1958 - eine Regierungskrise verursachte und zweimal den Obersten Gerichtshof beschäftigte. Im großen und ganzen fiel die Entscheidung zugunsten der religiösen Tradition. Dies war unmittelbar relevant für die Einwanderungspolitik und zur Vermeidung einer Aufweichung des Begriffs „Judentum“; denn im Sinne der Tradition bedeutet der Übertritt zu einer anderen Religion auch Lossagung von integralen Werten jüdischer Geschichte und Kultur. Zugleich war es eine Entscheidung zugunsten eines bestimmten Staatsverständnisses und der damit verbundenen Machtfrage; nämlich: wer darf bestimmen, wer Jude ist? Mit der Bestimmung des Jude-Seins im Sinne der Religionsgesetzgebung war sichergestellt, daß auf dem Wege über das Rückkehrergesetz nur Juden im Sinne des traditionellen Judentums ins Land kamen und Israel ein Staat jüdischen Volkes sein und bleiben würde. Entscheidend für die religiösen Zionisten war nun allerdings, dieses jüdische Volk auch unter die jüdische Religionsgesetzlichkeit zu bringen. Wie bereits angedeutet, gelang ihnen das angesichts ihrer quantitativ geringen Stärke in erstaunlichem Maße. Eheschließung und -scheidung, Erbschaften, Unterhaltszahlungen, Adoptionen, Vormundschaftsfragen u. a. sind für Juden ausschließlich Sache der Rabbinatsgerichte unter Anwendung halachischen Gesetzes. Religions- und Innenministerium sind fest in den Händen der National-Religiösen Partei. Jüdisch-religiöse Institutionen werden aus allgemeinen Steuergeldern finanziert. Die Feiertagsregelung folgt der jüdischen Religionsgesetzgebung, ebenso die Bestimmungen und rabbinische Überwachung der Einhaltung von Speisevorschriften. Die Möglichkeit einer staatlich finanzierten religiösen Erziehung ist im ganzen Lande gewährleistet.

So engagiert die religiösen Zionisten hinsichtlich der angedeuteten Bereiche sind, so völlig desinteressiert sind sie hinsichtlich nahezu aller anderen, so daß dort die Mapai mehr oder weniger freie Hand hat. Dabei ist nun allerdings zu beachten, daß der Kulturzionismus selber, unabhängig von seinen möglichen Auseinandersetzungen mit dem religiösen und dem Paria-Zionismus, sich in einem Dilemma befindet. Zunächst stützt er sich auf einen Begriff der jüdischen Nation, der nach traditionellem jüdischen Selbstverständnis des konstitutiven religiösen Momentes beraubt ist. Der damit außerordentlich vage gewordene Nation-Begriff wird nun keineswegs dadurch präzisiert, daß er scheinbar mit dem Begriff der Kultur angereichert wird. Eine universelle jüdische Kultur gab und gibt es nicht. Tatsächlich versteht der Kulturzionismus denn auch den Begriff einer jüdischen Kulturnation im Sinne seiner eigenen Herkunft aus Osteuropa, die selber aber facettenreich genug ist. Politisch brennend wird das Dilemma dadurch, daß auch das kulturzionistische Staatsverständnis auf diesem Begriff der Kulturnation basiert.

Das möchte ich kurz an dem zweiten Hauptproblem der israelischen Politik verdeutlichen.

Es galt, die gewaltigen Einwanderungswellen nach 1948, durch die sich die jüdische Bevölkerung Israels bis 1951 verdoppelte, zu integrieren. Die total indiskriminierende Einwanderungspolitik jener Jahre ergab sich aus der paria-zionistischen Grundhaltung des Staates, die von den meisten anerkannt, wenn auch nur von wenigen als die ausschließliche spezifisch jüdische Zielsetzung betrachtet wurde. Die Folge war eine Masseneinwanderung besonders aus arabischen Ländern, also von Juden, die hinsichtlich ihres kulturellen „backgrounds“, ihres Entwicklungsstandes, ihrer Lebenseinstellungen sich fundamental von der bereits in Israel lebenden Bevölkerung, dem sogenannten 1. Israel, unterschied. Das einzige verbindende Merkmal war die gemeinsame Judaizität. Sie wurde bewußt als Ferment der Integration eingesetzt. Daß dabei den orientalischen Juden das religiöse Moment verständlicher war als das kulturelle, ist übrigens ein weiterer Grund für den geringen Widerstand gegenüber den Judaisierungsversuchen der religiösen Zionisten.

Während der ersten Stadien der Integration hat jenes Ferment in der Tat eine außerordentliche Kraft besessen. Seit einigen Jahren aber und immer mehr beginnen sich seine Schwächen zu zeigen. Wie bereits gesagt, hat das 1. Israel sein Kulturjudentum durchaus im Sinne seiner eigenen, ost- und mitteleuropäischen Tradition verstanden und weitgehend durchgesetzt mit dem Resultat, daß sich die orientalischen Gruppen zwar als Israelis fühlen, aber weiterhin sozial und kulturell mehr oder weniger vollständig isoliert sind, ohne Chancen, in soziale oder politische Herrschaftspositionen aufzusteigen und irgendwie bemerkenswert den Charakter Israels als eines jüdischen Staates mitzubestimmen. Genau daraus aber scheint sich für die nächsten Jahre die große innenpolitische Zerreißprobe Israels bereits anzubahnen, eine Zerreißprobe, die selber natürlich nicht mehr ein ideologisches, sondern ein herrschaftssoziologisches Problem darstellt und somit über meine eigene Fragestellung hinausweist.

Das dritte bedeutende Problem in der Geschichte des israelischen Staates ist der arabisch-jüdische Konflikt. Bezeichnenderweise wurden die Araber für den Jishuv in dem Augenblick zum größten Problem, als die zionistischen Überlegungen sich aus historischen Gründen auf die Planung eines eigenen jüdischen Staates richteten. Bis dahin hatten die Zionisten aller Schattierungen die Araber Palästinas praktisch als *quantité négligeable* behandelt. Die Ereignisse während des II. Weltkrieges waren so überstürzend, daß eine Lösung des Problems nicht ins Auge gefaßt werden konnte, und plötzlich, mit der Schaffung des Staates, sah man sich nicht allein jenseits, sondern sogar innerhalb der eigenen Grenzen einer sozial höchst relevanten Zahl von Arabern konfrontiert.

Zunächst war eine vollständige Integration der in Israel lebenden Araber prinzipiell unmöglich nur für die religiösen Zionisten, da eine blutmäßige Vermischung mit anderen Völkern, sofern nicht Konversion zum Judentum damit verbunden ist, religionsgesetzlich verboten ist und auch der Alltagskontakt infolge der zahlreichen halachischen Regeln sehr stark reduziert bleiben mußte. Was die Kulturzionisten betraf, so hing deren grundsätzliche Haltung davon ab, welche Bedingungen sie für die

Realisierung ihrer kulturjüdischen Ziele für erforderlich hielten und welche Rolle sie dafür speziell dem Staat zuerkannten. Wer etwa wie Martin Buber aufgrund seiner besonderen philosophischen Position glaubte, gerade in der lebendigen Auseinandersetzung mit einer andersartigen Kultur die entscheidenden Befruchtungen für die eigene zu finden, favorisierte integrative, binationale, föderative Lösungen. Die Mehrheit der Kulturzionisten aber neigte mehr einem isolationistischen Standpunkt zu. Für den reinen Paria-Zionisten hing die Entscheidung davon ab, ob er glaubte, für die Lösung der Judenfrage sich gleichsam Minderheiten oder gegebenenfalls, angesichts der Zuwachsrates der Araber, auch Mehrheiten nicht-jüdischer Art leisten zu können, also konkret vom Vertrauen zu den Arabern.

Die isolationistische Haltung wurde nun entscheidend gestärkt durch die Entwicklungen im nahöstlichen Raum. Jenseits aller sonstigen Schwierigkeiten, die sich aus der Integration der israelischen Araber hätten ergeben können, fürchtete man sich vor der Möglichkeit einer 5. Kolonne. Zugleich wußte man aber, daß auch der Verzicht auf Integration neue Gefahren mit sich bringen mußte. Dies erklärt die ambivalente Haltung gegenüber israelischen Arabern; eine Ambivalenz, die in nuce bereits in der Unabhängigkeitserklärung angelegt war, in der sich der Staat Israel gleichzeitig zum jüdischen und zum demokratischen, keinerlei rassistische und religiöse Unterschiede machenden Staat deklarierte.

Vielfach wird von offizieller israelischer Seite behauptet, die gesamte Politik Israels gegenüber den Arabern diesseits und jenseits der Grenzen sei ausschließlich durch das israelische Sicherheitsbedürfnis bedingt. Aber die erwähnte Problematik und Ambivalenz zeigt sich - sogar in erhöhtem Maße - seit 1967 auch in Bezug auf die besetzten Gebiete. Dabei ist zu beachten, daß die Forderung nach totaler Annexion bzw. vollständiger Rückgabe dieser Gebiete keineswegs identisch ist mit einer nationalistischen bzw. nicht-nationalistischen Einstellung. Vielmehr können (und werden tatsächlich in Regierungskreisen) sowohl von religiös- wie von kulturzionistischer Seite beide Forderungen aus rein nationalistischen Gründen erhoben. Der Unterschied liegt darin, daß die einen ihre Vorstellungen auf nationale Identität und gegenwärtige Eigenart des Judentums konzentrieren und daher für Klein-Israel als rein jüdische Lösung plädieren, während die anderen zusätzlich die Kontinuität der historischen Tradition einbeziehen, die für sie - entsprechend einer Grundauffassung des Judentums - im Lande Israel oder Zion ihren Anfang genommen hatte und erst durch die Rückkehr in die - wie es heißt - "historischen Grenzen" ihre geschichtliche bzw. providentielle Erfüllung findet; wobei gerade die Vertreter dieser Forderung permanent irritiert werden durch die Anwesenheit von 1 Million Araber, die sowohl die militärische Sicherheit wie den jüdischen Charakter dieses Groß-Israel bedrohen. Ähnlich, wenn auch noch komplizierter, verhält es sich mit der Frage von Ost-Jerusalem.

Was die Politik gegenüber den arabischen Staaten im allgemeinen und den palästinensischen Arabern im besonderen betrifft, so haben die erwähnten und noch eine Reihe anderer Gründe die Juden Israels zu einer derart manischen Suche nach spezifisch jüdischer, sowohl individueller als auch gesellschaftlich-staatlicher Identität

und zu einer solchen Fixiertheit auf sich selbst geführt, daß sie mehr und mehr unfähig wurden, die Lage im arabischen Raum und die palästinensische Unabhängigkeitsbewegung (die der früheren eigenen in vielem so ähnlich ist) realistisch einzuschätzen und eine entsprechend flexible Politik zu betreiben. Der Vorteil des Ferments der Judaizität schlug um in den Nachteil eines Isolierungsfaktors. Der Anspruch auf einen unabhängigen und spezifisch jüdischen Staat im nahöstlichen Raum (mit dem Endziel der Totalimmigration aller Juden) war für die israelische Politik eine so unabdingbare und rigide *conditio sine qua non*, daß sie jedes andere Problem ausschließlich unter diesem Aspekt zu betrachten vermochte, unfähig zu sehen, daß dies unter Umständen im Widerspruch zu der sonstigen eigenen Interessenlage stand.

Dies führt noch einmal zur Innenpolitik zurück. Die skizzierte Haltung gegenüber der jüdisch-arabischen Frage und der Primat einer Sicherheitspolitik, die von vornherein den Staat Israel in seinem jüdischen Charakter als absolute Konstante begriff, waren ihrerseits von erheblichem Einfluß auf die Gestaltung eben dieses Charakters, den sie als scheinbar gegeben bloß voraussetzten. Die Zugeständnisse an die religiösen Parteien und die mangelnde Bereitschaft, sich mit dem Problem der Judaizität Israels und ihren Folgen auseinanderzusetzen, wurden zwei Jahrzehnte lang erfolgreich damit gerechtfertigt, daß man sich angesichts der äußeren Bedrohung das Risiko eines „Kulturkampfes“ nicht leisten könne; wobei - gleichsam als Nebenprodukt - die Stabilisierung der Herrschaft der alten Garde gesichert wurde. Daraus erklärt sich die ungewöhnliche soziale und geistige Unbeweglichkeit, jener paradoxe konservative Immobilismus einer so dynamisch erscheinenden Gesellschaft. Erst während des letzten Jahres (1971), als an allen Grenzen fast völlige Waffenruhe herrschte und das Gefühl der Bedrohung mehr und mehr nachließ, offenbarte sich, daß die Homogenisierung der Gesellschaft nach kulturzionistischem Muster keineswegs gelungen und das früher oft so selbstgerecht und sicher zur Schau getragene Selbstverständnis überaus fragwürdig waren. Als die Wechselwirkung zwischen diesem Selbstverständnis und der bisher geführten Außenpolitik gleichsam in der einen Richtung durch die Waffenruhe unterbrochen wurde, trat die Existenz der anderen Richtung allererst ins Bewußtsein.

Résumierend läßt sich das Dilemma, in dem sich die Judenheit Israels, ihr Judentum und Israel als jüdischer Staat befinden, darin sehen, daß sich das Vehikel der Staat- und Nation-Werdung - der Zionismus - heute als Hindernis der innen- und außenpolitischen Entwicklung erweist, aber kaum aus dem Weg zu räumen ist; und daß die vor etwa 100 Jahren tastend begonnene und jetzt endlich erreichte Auto-Emanzipation nicht auch zur gewünschten kollektiven Assimilation, sondern eher zu einer neuen, kollektiven Ghetto-Existenz (selbst mit der entsprechenden Mentalität) geführt hat. Das Scheitern dieser kollektiven Assimilation würde die permanente Suche und Sicherung einer jüdischen Identität erklären. Israel als spezifisch jüdischer Staat hinge damit ebenso von der äußeren Bedrohung ab wie das Judentum von der antijüdischen und antisemitischen Bedrohung.

Ohne eine radikale Wandlung des israelischen Staatsverständnisses bleiben der freiheitliche Rechtsstaat dauernd bedroht und eine friedliche Integration in den Nahen Osten ziemlich unwahrscheinlich, eine Integration, die ja ihrerseits nicht ohne erheblichen Einfluß auf die Judaizität Israels sein dürfte. Jeder Versuch einer solchen radikalen Wandlung aber scheitert an der bangen Frage, ob das nicht auf die Dauer in jene Situation zurückführt, aus der vor einem Jahrhundert die Zionisten so verzweifelt und beharrlich zugleich einen Ausweg gesucht haben. Ob es nur ein Irrweg war, ist vorerst noch nicht abzusehen.